



Im Maturitätszeugnis von 1979 ist es bescheinigt: In Math bin ich eine Null. 35 Jahre habe ich mich dafür geschämt. Oder waren es 35 Sekunden? Aber heute lasse ich mich als Trendsetter feiern. Der typische Schweizer Gymnasiast – nennen wir ihn Laura – macht es nämlich wie ich. Er lässt das Fach links liegen und kommt locker durch. Denn eines ist ihm von der

Rechnen wie ein Grieche

ganzen Mathe geblieben: Das Rechnen. Er weiss, wenn er im Französisch einen Sechser reisst, dann ist der Dreier kompensiert. Im Volksmund heisst das Sachrechnen. Ich nenne es lieber «praktische Intelligenz». Wir Schweizer sind Europameister in dieser Disziplin. Ja, E-u-r-o-p-a-Meister. Wir wissen, Steuern zahlen ist bis zu einem gewissen Grad sinnvoll. Mit unseren Steuern schaffen wir Arbeit und Mehrwert, denn unsere Steuereintreiber investieren das Geld in Strassen. Und Strassen kann jeder gebrauchen. Wir wissen, wenn Herr Hoeness in Deutschland nur so viele Schweinshaxen versteuern will wie sinnvoll, dann kann er die überschüssigen Haxen an der Zürcher Bahnhofstrasse einfrieren. Dort verwandeln die Banker die Haxen in flüssiges Gold, das die Nationalbanker abholen und kübelweise über den Kantonen vergiessen. Am Schluss ist es wieder Asphalt. Und Frau Merkel fragt sich derweil: Warum bringt Herr Hoeness seine Haxen nicht in die Kühlhäuser von Piräus? Vielleicht, weil der Grieche anders rechnet. Denn er weiss, Steuern zahlen ist nutzlos. Mit seinen Steuern erhöht er nur die Zahl der Steuereintreiber, die alle denselben Familiennamen tragen und einen Onkel in der Regierung haben, der auch keine Steuern zahlt, weil er die Steuergesetze macht. So tsirpen die Griechen jetzt wie weiland Alexis der Grosse in Europa herum, auf dass man ihnen Geld borge, denn die Tempel auf der Akropolis seien ihnen heilig, oder wenigstens teuer. Das ist überhaupt das Problem des alten Europa: Zu viel Kultur. Zu wenig Sachrechnen.

Andreas Aebi

Eidgenössische Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Zu visionär, zu ungewiss

Für einmal bringt es die Grünliberale Partei der Schweiz sogar in eine **links i.E.**-Ausgabe, das dank ihrer Idee, eine radikale Neuorientierung des schweizerischen Steuersystems zur Diskussion zu stellen. Bei einer allfälligen, wenn auch höchst unwahrscheinlichen, Annahme dieser Initiative würde die Mehrwertsteuer abgeschafft und durch eine Steuer, welche auf allen Produkten, welche aus nicht erneuerbaren Energiearten (Erdöl, Kohle, Uran) hergestellt werden, ersetzt. Das betrifft also Benzin, Diesel, Flugbenzin, Heizöl, Gas oder Atomstrom. Die Bestimmungen enthalten die Forderung nach Kostenneutralität, was bedeutet, dass die Erträge der Energiesteuer gleich hoch auszufallen hätten wie die der Mehrwertsteuer, der wichtigsten Einnahmequelle des Bundes. Das sind im Moment runde 22 Milliarden Franken pro Jahr.

Die Ziele

Die Verschmutzung der Luft und damit einhergehend die stets zunehmende besorgniserregende Erderwärmung zählen zu den grossen ungelösten Problemen unserer Zeit. Die Ursachen sind bekannt: Sie liegen in erster Linie im grenzen- und hemmungslosen Mobilitätsverhalten eines grossen Teils der Menschheit, das durch die niedrigen Energiepreise der Fortbewegungsmittel auf dem Boden und in der Luft reichlich gefördert wird, begründet. Die Grünliberalen wollen nun mit einer massiven und auf der Welt einmaligen Erhöhung dieser Energiekosten erreichen, dass beim Verbrauch deutlich mehr gespart wird. Die erhöhten Preise würden der erneuerbaren Energie, also Wasser, Holz, Sonne, Wind, Geothermie oder Biotreibstoffe, einen erheblichen Wettbewerbsvorteil verschaffen, was wiederum zu mehr Investitionen bei zukunfts-trächtigen Wirtschaftszweigen führen würde, wird argumentiert. Das sind in der Tat Ziele, die wir vorbehaltlos unterstützen können. Zur unsozialen Mehrwertsteuer darf man zudem mit Fug und Recht auch Vorbehalte anbringen, die Bindung ihrer Abschaffung an die neue Energiesteuer ist allerdings unrealistisch.

Das grosse Rechnen

Ebenso sehr wie die belastete Umwelt interessieren die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung die zu erwartenden Kosten. Da klaffen zwischen den Voraussagen der Politakteure allerdings grosse Lücken. Die Grünliberalen sehen für Benzin und Heizöl während einer ersten Phase nach Inkraftsetzung der neuen Steuer eine Verteuerung von 80 bis 90 Rappen pro Liter vor. Das ist möglicherweise ziemlich grünäugig. Der Bundesrat andererseits schliesst eine Preiserhöhung von bis zu drei Franken nicht aus, darum wird ihm von den Initianten Panikmache vorgeworfen. Wie dem auch sei. Auch bei der günstigsten Annahme steigen Benzin- und Heizölpreise auf weit über zwei Franken, denn zur Energiesteuer müssen noch der Einfuhrpreis, der im Moment zwar sehr tief ist, die Mineralölsteuer für das Benzin, die Händlermarge und weitere Preisfaktoren addiert werden. Was nun aber werden die Erdölprodukte und der Atomstrom tatsächlich kosten? Das weiss niemand so genau, denn wie

so oft hängt das Ergebnis einer Rechnerei auch in diesem Fall vom persönlichen politisch weltanschaulichen Standort des Rechners ab.

Sieger und Verlierer

Wird der Volksinitiative der Grünliberalen zugestimmt, tritt die zu erarbeitende Gesetzgebung am 1. Januar 2021 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt schnellen somit Benzin- und Heizölpreise in die Höhe, wird die Mehrwertsteuer, welche viele Konsumentenpreise mit 8%, Güter des täglichen Bedarfs jedoch nur mit 2,5% belastet, aufgehoben. Wie bei vielen anderen Vorlagen würde es dann Verliererinnen und Siegerinnen geben.

Zu den Siegern zählen Personen, die nicht Autofahren, Flughäfen nur von gelegentlichen Besichtigungen her kennen, dem Langnauer Wärmeverbund angehören, bei der BKW ökologischen Strom einkaufen oder in einer gut isolierten Wohnung, vorzugsweise im Minergie Standard, zu Hause sind. Ihr Portemonnaie würde die Energiesteuer nur wenig belasten, und mit dem Wegfallen der Mehrwertsteuer würden die voraussichtlichen Ermässigungen der Konsumentenpreise sogar Profit versprechen. Wir wissen jedoch, dass dieses zugegebenermassen idealisierende Profil nur einer kleinen Minderheit der Bevölkerung entspricht.

Die grosse Bevölkerungsmehrheit wird hingegen dafür zu sorgen haben, dass die Bilanz des Bundes stimmt, das heisst, dass die 22 Milliarden kompensiert werden. Da wird allerdings bei vielen die Rechnung nicht aufgehen, zum Beispiel beim Pendler aus dem Fankhausgraben, der für den Weg zu seinem Arbeitsplatz im Eggiwil auf sein Auto angewiesen ist, bei einer Familie, die zu den 600000 Armen der Schweiz zählt und ihre schlecht isolierte Wohnung mit Heizöl wärmen muss, oder beim KMU mit seinem grossen Autopark.

Was tun? Viele streben nach Einsparungsmöglichkeiten und würden zum Erfolg der Initiative beitragen. Andere finden Umgehungsmöglichkeiten, füllen zum Beispiel den Benzintank im benachbarten Ausland. In Deutschland und Frankreich kostet Benzin im Moment um die 1.60, in Oesterreich sogar etwas weniger. Damit würde der enorme Einkaufstourismus auch noch mit Benzinfahrten ergänzt oder kombiniert. Das ist problematisch. Problematisch ist zudem die Ungewissheit. Wird das Einsparungsziel Erfolg haben, werden die Preise wegen des Rückgangs an verkauften Erdölprodukten erst recht eskalieren. Über diese Entwicklung kann natürlich niemand eine Prognose stellen. Eines darf bestimmt gesagt werden: Die in ihren Verhältnissen gefangenen Menschen, und das könnten wieder einmal die finanziell nicht besonders gut dotierten sein, hätten die Zeche zu bezahlen.

Fazit: Die durch die Initianten vorgegebene Richtung stimmt, denn Erdölprodukte und Uran sind zu billig zu haben. Aber es muss ein Weg mit Lenkungsabgaben ohne diese unsinnige Verbindung mit der wichtigsten Bundessteuer gefunden werden. Die Vorlage ist fiskal- und sozialpolitisch zu ungewiss, ja sogar gefährlich. Darum ist für eine Ablehnung zu plädieren.

Martin Jäggi